

Klinterklater

Braunschweig

Nr. 1/2005

Zeitung des SPD-Unterbezirks Braunschweig

März 2005

Wilder Westen in Braunschweig: Sind bald Bürgersheriffs in der Stadt unterwegs?

Die CDU/FDP-Landesregierung baut in Braunschweig Stellen bei der Polizei ab. Diesen Stellenabbau versucht sie nun mit dem Vorschlag der freiwilligen „Bürgersheriffs“ zu tarnen und unser Oberbürgermeister fällt darauf rein. Er findet die Idee der Hilfspolizisten als Ersatz sogar großartig (siehe BZ vom 13. Januar). Während andere Städte wie Salzgitter und Wolfsburg erst einmal abwarten wollen, um Klarheit über die Folgen für ihre Städte zu gewinnen, beauftragt Hoffmann seine Mitarbeiter umgehend, die Idee voran zu treiben.

Die Antwort darauf, wie er mit Bürgersheriffs das persönliche Sicherheitsgefühl der Bürger stärken will, ist er den Braunschweigern bisher schuldig geblieben. Schließlich wird es dann 73 Polizeibeamte weniger in der Stadt geben, Polizeidienststellen müssen nachts geschlossen bleiben und Streifenfahrten in vielen Stadtgebieten fallen weg. Ein Schnellschuss wie der Vorschlag der Bürgersheriffs sollte den Cowboys im Wilden Wes-



Hilfssheriffs gehören ins Fernsehen oder ins Kino und nicht auf Braunschweigs Straßen. (James Arness als Marshall Matt Dillon und Ken Curtis als Hilfssheriff Festus.)

ten vorbehalten bleiben. Von politischen Mandatsträgern erwarten wir weitsichtige Folgenabschätzung beim Thema Sicherheit.

Der SPD-Ratsfraktionsvorsitzende Klaus Winter hat den Eindruck Niedersachsens Innenminister Schönemann ließe ein Staatsschauspiel aufführen: „Wie verringere ich die Polizei und gaukele gleichzeitig den Menschen vor, ihre Sicherheit bliebe erhalten.“ „Kommunale Laienspieler, die gerne die Rolle von „Wyatt Earp“ übernehmen würden“, so Klaus Winter, „fänden sich sicherlich.“

Zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung bedarf es gut ausgebildeter Polizistinnen und Polizisten und einer couragierten Bürgerschaft. Vor der Polizeireform war beides in Braunschweig vorhanden, das beweisen die sehr guten Aufklärungsquoten in unserer Stadt.

Pannenserie zum Jahresanfang

So hatte sich die Braunschweiger Stadtverwaltung unter CDU-OB Dr. Hoffmann den Beginn des Jahres 2005 sicherlich nicht vorgestellt: Mit mehreren peinlichen Pannen weckte sie erhebliche Zweifel an der Professionalität der Verwaltungsspitze.

Es begann mit den Gebührenbescheiden zu Müllabfuhr und Straßenreinigung, die zweimal versendet werden mussten. Hier hatte es seit Jahren jedesmal eine Flut von Widersprüchen gegeben. Diese sind erforderlich, damit die Gebührenzahler eine Rückzahlung erhalten, wenn die Stadt den Prozess verliert. Die Stadtverwaltung hatte übersehen, dass die niedersächsische Landesregierung das alte Widerspruchsverfahren zum 1. Januar 2005 ersatzlos abgeschafft hat. Seitdem müssen Bürger gegen Verwaltungsakte vor dem Verwaltungsgericht klagen. Ein einfacher Widerspruch reicht nicht mehr.

Die zu erwartenden Prozesse gegen die Stadt hätten das Verwaltungsgericht auf Jahre hinaus lahmgelegt. Erst nach Kritik des Haus- und Grundbesitzervereins reagierte die Stadt und versandte viele tausend neue Gebührenbescheide, die keine Rechtsmittelbelehrung enthalten. Das verlängert die Einspruchsfrist auf ein Jahr, und wenn die Angelegenheit bis dahin rechtlich geklärt ist und die Stadt entsprechend handelt, sind die Klagen überflüssig. Warum nicht gleich so?

Als nächstes die Niederlage vor dem Verwaltungsgericht in Sachen ECE (siehe Seite 3). Der Versuch, die Stadtverwaltung aus der Kritik zu nehmen, ging schmachlähmend daneben und bewog sogar das Verwaltungsgericht zu einer Richtigstellung.

Und der vorläufig letzte Punkt dieser Pannenserie ist die Abweisung der Berufung der Stadt in Sachen Müllgebühren vor dem

Oberverwaltungsgericht. Hier hatte die Stadtverwaltung, geleitet von dem „erfahrenen“ Verwaltungsjuristen Dr. Hoffmann, ihre Berufung vor dem falschen Gericht eingereicht – ein Anfängerfehler, für den Erster Stadtrat Dr. Kuhlmann in Nibelungentreue seinen Kopf hinhielt.

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann, der für diese Fehlleistungen die Verantwortung trägt, tauchte ab und überließ es den Stadträten Zwafelink und Dr. Kuhlmann, der staunenden Öffentlichkeit die Sache zu erklären.

Dem Ruf der Stadt Braunschweig haben diese Pannen geschadet. Dem Ruf von CDU-OB Dr. Hoffmann allerdings auch.

**Bürgersprechstunden
auf Seite 4**

Entlassungen beim Braunschweiger Zeitungsverlag ...und die Braunschweiger Zeitung berichtet nichts.

Auch die Braunschweiger Zeitung berichtete über die Empörung, die die Deutsche Bank mit ihrer Absicht auslöste, trotz sprudelnder Gewinne weltweit über 5000 Stellen abzubauen. Dabei hätte die BZ hinreichend Anlass gehabt, in eigener Sache ähnlich Empörendes zu berichten: Obwohl der Braunschweiger Zeitungsverlag, der dieses Blatt herausgibt, ebenfalls schwarze Zahlen schreibt, wird er 74 Arbeitsplätze abbauen. Daher sind 52 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Unternehmens Ende Januar gekündigt worden; die Differenz ergibt sich durch Altersfreizeit, Mutterschutz oder andere Maßnahmen.

Die Begründung ist nicht etwa der Wegfall der Arbeit durch Rationalisierung, denn die Arbeit muss nach wie vor gemacht werden. Sie wird, wie es neudeutsch so schön heißt, „outgesourct“ – also an Unternehmen mit Sitz in Cottbus und Magdeburg vergeben, weil diese wegen niedriger Löhne billiger arbeiten können. Die gekündigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind im Durchschnitt 47 Jahre alt und 21 Jahre im Unternehmen beschäftigt und haben aufgrund ihres Alters wenig Chancen, einen neuen Job zu finden.

Das ist alles schon empörend genug und braucht einen Vergleich mit dem Verhalten der Deutschen Bank nicht zu scheuen. Dass dabei außerdem gegen das Kündigungsschutzgesetz verstoßen wurde, das vorsieht, dass Unternehmensleitung und Betriebsrat vor Kündigungen nach Wegen beraten müssen, Kündigungen zu vermeiden, passt in dieses unschöne Bild.

Soziale Marktwirtschaft

■ Wirtschaftsminister Ludwig Ehrhard hat den Ausdruck „Soziale Marktwirtschaft“ geprägt. In Wirklichkeit war die Wirtschaft der fünfziger und sechziger Jahre genau wie heute alles andere als sozial. Wenn die Arbeitnehmer jener Aufbaujahre sich einen VW-Käfer kaufen und im Urlaub ans Mittelmeer fahren konnten, hatten sie das einzig und allein ihren Gewerkschaften zu verdanken. Um jede Lohnerhöhung, um jede Arbeitszeitverkürzung und um jeden Urlaubstag ist bitter gerungen worden.

Damals hatten wir starke Gewerkschaften. Weil Arbeitskräfte knapp waren, hatten sie mehr Trümpfe in der Hand und konnten soziale Fortschritte durchsetzen.

Heute ist das anders. Während an einer Fertigungsstraße der Nachkriegs-Autos viele fleißige Hände benötigt wurden, arbeiten heute Formpressen und Schweißautomaten ohne



Gegen die Verlegung von 74 Arbeitsplätzen bei der Braunschweiger Zeitung demonstrierten am 12. Februar trotz nasskalten Wetters zahlreiche Mitarbeiter. Sprecher auf der Kundgebung am Ringerbrunnen war der Betriebsratsvorsitzende Volker Stehr. Eingeladen zu dem Protestmarsch hatte die Gewerkschaft „ver.di“.

Das Ganze hat allerdings noch eine andere Seite. Auch die Braunschweiger Zeitung erhebt den Anspruch, über alle wichtigen Ereignisse in der Stadt, der Region und der Welt zu berichten. Aber über diese Massenentlassungen bei der BZ? Vor Monaten erschien eine versteckte kleine Mitteilung von wenigen Zeilen im Regionalteil der BZ – das war's. Kein Artikel über Anlass der Kündigungen, kein Bericht über das Verhalten der Geschäftsleitung, kein Bild von den Protestdemonstrationen der Belegschaft. Und erst recht nichts über die Aktion der gekündigten Mitarbeiterinnen und Mit-

arbeiter, die jeden Vormittag von 7.30 – 9.30 Uhr mit einer Mahnwache an der Einfahrt Mittelweg des Unternehmens gegen den Arbeitsplatzabbau protestieren. Über die Güeterminen vor dem Arbeitsgericht, die auf die inzwischen eingereichten Kündigungsschutzklagen folgen werden, wird sicher auch kaum etwas in der BZ zu lesen sein.

Der bittere Beigeschmack, den dieses Verhalten bei den Leserinnen und Lesern der Zeitung hervorruft, und der Verlust an Glaubwürdigkeit scheint Herausgebern und Geschäftsführung nicht so wichtig zu sein.

um diesen Erfolg noch zu steigern, ein paar Tausend Mitarbeiter auf die Straße setzen wird.

► Sichern gute Gewinne Arbeitsplätze? Offenbar nicht.

Die Stahlindustrie boomt wie nie. Thyssen meldet eine Verdreifachung der Gewinne. Der Maschinenbau fährt Rekordergebnisse ein.

► Und wo bleiben die Arbeitsplätze? Wo bleibt das angeblich Soziale in unserer Marktwirtschaft?

Gesamtmetallpräsident Martin Kannegiesser, warnt die Betriebe, Arbeitsplätze wegen der billigeren Lohnkosten leichtfertig ins Ausland zu verlegen. Kein Land biete ein so funktionierendes Netzwerk aus Zulieferern, Handwerk und Dienstleistungen wie Deutschland. Das verringere die Prozesskosten insgesamt und gleiche damit oft die höheren deutschen Löhne aus.

Wir sollten sie anstreben, die wirklich soziale Marktwirtschaft.

Baugenehmigung für ECE-Kaufhaus im Schloßpark fehlerhaft

■ Eine peinliche Lektion musste die Braunschweiger Stadtverwaltung unter CDU-OB Dr. Hoffmann vom Braunschweiger Verwaltungsgericht einstecken: Das Gericht erklärte die Baugenehmigung für das geplante ECE-Einkaufszentrum im Schlosspark für ungültig.

Worum geht es? Um die geplanten 30000 Quadratmeter Verkaufsfläche unterzubringen, soll nach dem Entwurf von ECE nahezu das gesamte Schlossparkgelände bebaut werden. Der Baukörper reicht dicht an die vorhandene Bebauung an der Straße „Am Schlossgarten“ heran. Der Bebauungsplan übernimmt diese Festsetzungen, und mit der Baugenehmigung segnete die Stadt das Ganze ab.

Die Allianzversicherung, der die Häuser „Am Schlossgarten“ gehören, zog jetzt erfolgreich vor Gericht.

CDU-OB Dr. Hoffmann, der sonst so gern Erklärungen abgibt, tauchte ab und überließ es Stadtbaurat Zwafelink, die peinliche Schlappe zu erklären. Zwafelink erklärte, der Stadtverwaltung könne kein fehlerhaftes Verhalten vorgeworfen werden, sondern hier habe ein Re-



Häuser und Parkplatz „Am Schlossgarten“

chenfehler bei ECE vorgelegen.

Das Verwaltungsgericht gab umgehend eine Pressemitteilung heraus, in der die Dinge richtig gestellt und die Verantwortung für die fehlerhafte Baugenehmigung der Stadtverwal-

tung zugewiesen wurde. Es ist die Pflicht der Stadt, eingereichte Bauanträge sorgfältig zu überprüfen und darauf zu achten, dass die Rechte Dritter nicht verletzt werden.

Wie geht es nun weiter? Stadtverwaltung und ECE versuchen, den Eindruck zu erwecken, als würden kleine Änderungen am Baukörper ausreichen, um das Projekt genehmigungsfähig zu machen. So sei es möglich, die oberen Etagen, die als Parkdecks genutzt werden sollen, um mehrere Meter zurückzusetzen. Ob dann allerdings noch die benötigten Einstellplätze untergebracht werden können, steht dahin. Immerhin hat Stadtbaurat Zwafelink schon erklärt, dass möglicherweise „sicherheitshalber“ am Bebauungsplan Nachbesserungen vorgenommen würden, um „auf der richtigen Seite“ zu sein. Damit bestätigt er die Kritik der ECE-Gegner, auch hier sei in der Hektik fehlerhaft gearbeitet worden.

Der ursprünglich vorgesehene Zeitplan kann nicht eingehalten werden. Jetzt ist die Fertigstellung für Sommer 2007 angepeilt, und auch bei diesem Termin ist Skepsis erlaubt.

Fünf Postfilialen in Braunschweig werden geschlossen

■ Schlechte Nachricht von der Post für viele Einwohner in Braunschweig: Die Post-Filialen in Bienrode, Dibbesdorf, Lamme, Timmerlah und Kanzlerfeld werden in Kürze schließen oder sind schon geschlossen. Im Kanzlerfeld soll ein neuer Partner für den Betrieb einer Filiale gefunden werden. In den anderen Fällen soll die Postversorgung künftig mit dem so genannten „mobilen Postdienst“ aufrechterhalten werden.

So haben wir uns die Privatisierung der „Bundespost“ kaum vorgestellt. Hieß es doch, der Staatsbetrieb sei unflexibel, träge und teuer. Nach der Privatisierung werde alles billiger und besser, und endlich stehe der Postkunde im Mittelpunkt.

Was ist daraus geworden? In der „Post-Universaldienstleistungsverordnung“ (PUDLV) wurde die Post verpflichtet, eine angemessene Versorgung der Bevölkerung mit Postdienstleistungen sicherzustellen, einschließlich der Aufrechterhaltung eines flächendeckenden Filialnetzes. Darüber hinaus ist die Deutsche Post eine freiwillige Selbstverpflichtung eingegangen, auch kleine Filialen unter bestimmten Bedingungen aufrechtzuerhalten. Die Politiker glaubten, alles gut geregelt zu haben.

Jetzt baut die Post ihr Filialnetz ab. In einem Schreiben an die Stadt Braunschweig wird die beabsichtigte Filialschließung begründet:



Auch die Poststelle in Lamme soll geschlossen werden. Foto: Alexander Gräbner

► Die Post müsse sich „... laufend den neuen Herausforderungen des Wettbewerbs stellen ...“

► Außerdem müsse sie als börsennotierte Aktiengesellschaft „... den berechtigten Anforderungen und Erwartungen der vielen Aktionäre, ... gerecht werden.“

Von den berechtigten Interessen der Bevölkerung, „eine flächendeckende und angemessene Versorgung mit Postdienstleistungen sicherzustellen“ ist nicht mehr die Rede. Das hat die Post wohl auch nicht nötig, denn im Gegensatz zu ihrer Behauptung haben die Bürgerinnen und Bürger wenig Möglichkeiten, den Wettbewerb für sich zu nutzen. Für die Normalbürgerinnen und -Bürger gibt es kaum Alternativen zur klassischen Post. Künftig soll diese Versorgung durch den mobilen Post-„Service“ erfolgen: Der Verkauf von Briefmarken und die Abholung von Briefen und Paketen erfolgt durch den Briefträger.

Wir hoffen, dass die Stadtverwaltung die Interessen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Post vertritt und auf der Einhaltung der freiwilligen Selbstverpflichtung besteht, in geschlossenen Siedlungsgebieten mit mehr als 2000 Einwohnern eine feste Filiale aufrechtzuerhalten.

Haushalt: Mehr Transparenz der städtischen Finanzen

Die Ausgaben übersteigen immer noch die Einnahmen der Stadt. Wenn sich diese Situation nicht ändert, wird Braunschweig langfristig neue Schulden machen müssen. Allerdings hat die Stadt dann weniger Vermögen.

Der Grund hierfür ist die „Haushaltskonsolidierungspolitik“ des Oberbürgermeisters. Weil er seit seinem Amtsantritt große Verlustbringer aus dem städtischen Haushalt ausgegliedert hat, werden die Kosten im vorgelegten Haushalt nicht negativ gebucht. Vielmehr stehen sie nun bei der hundertprozentigen Tochter Stadtwerke Braunschweig GmbH zu Buche. Sie werden nicht mehr im städtischen Haushalt geführt, bleiben aber weiterhin für die Stadt bestehen, unter anderem Namen und an einer anderen Stelle. Diese Tatsache verschweigt der Oberbürgermeister, wenn er von der Konsolidierung der städtischen Finanzen spricht.

Ein anderer Grund für das vordergründig gute Zahlenwerk des Oberbürgermeisters ist der Verkauf von städtischem Vermögen. Es war richtig, langfristig einen Partner im Bereich der Energieversorgung zu suchen. Dies hat auch die SPD befürwortet.

Aber – ein Teil von dem Gewinn aus diesem Anteilsverkauf wird regelmäßig zum Ausgleich der städtischen Fehlbeträge (Verluste) genutzt. Das Vermögen aus dem Verkauf reduziert sich so Jahr für Jahr und wird irgendwann aufgebraucht sein. Weitere Verkäufe, wie z.B. die Stadtentwässerung, sind ebenfalls zur kurzfristigen Aufbesserung der finanziellen Lage geplant. Langfristig wird so städtisches Vermögen aufgezehrt. Diese Entwicklung widerspricht der Aussage des Oberbürgermeisters

in der letzten Ratssitzung, er könne im Jahr 2005 einen Haushaltsüberschuss erwirtschaften.

Das Sparen hat der Oberbürgermeister, entgegen seiner eigenen Darstellung, jedenfalls nicht erfunden: Die geplante Zusammenlegung der Kultureinrichtungen hinter der ECE-Schlossfassade wird die Stadt 1,3 Millionen Euro Miete pro Jahr zuzüglich Nebenkosten über 30 Jahre kosten. Außerdem verlangt der Investor von der Stadt 2,7 Millionen Euro für den zweckmäßigen Ausbau der Räume. Das gesamte Finanzvolumen beträgt mindestens 60 Millionen Euro. Dagegen kürzte er in den letzten Jahren rigoros in allen sozialen Bereichen. Nicht einmal 8000 Euro hatte die Stadt für die Unterstützung der Frauenberatungsstelle übrig.

Der Antrag der SPD-Ratsfraktion, den Ausbau von Ganztagschulen mit Hilfe von Bundesmitteln aus dem Förderprogramm „Zukunft, Bildung und Betreuung“ zu unterstützen und so die dafür erforderliche städtische Investition von 1,65 Millionen Euro für die nächsten vier Jahre zu vervielfachen, wurde ebenfalls aus Kostengründen abgelehnt. Gespart wird somit nur einseitig und auf Kosten vieler sozialer Einrichtungen. Damit wurden finanzpolitische Weichen gestellt, die die Stadt über viele Jahre festlegen.

Wenn die Berechnung der städtischen Finanzen in den nächsten Jahren auf die kaufmännische Buchführung umgestellt wird, lässt sich der Haushalt der Stadt auch für die Bürger transparenter darstellen. Weniger Inszenierung und mehr Klarheit und Wahrheit können die Braunschweiger schon jetzt von ihrem Oberbürgermeister erwarten.

42 Prozent mehr Arbeitsplätze

Die optische Industrie rechnet bis zum Jahr 2010 mit einem Zuwachs von 15 000 auf dann 51 000 Stellen. Fachkräfte werden dringend benötigt.

Optische Bauteile findet man heute nicht nur in Ferngläsern, Kameras oder Mikroskopen. Der rapide wachsende Anteil optischer Technik wird zum Betrieb von DVD-Geräten, Laserdruckern und anderen Produkten der elektronischen Konsumgüterindustrie genutzt. Deutsche Hersteller optischer Technik liefern weltweit fast die Hälfte dieser Bauteile und Geräte.

Die Bundesregierung unterstützt die Branche durch Maßnahmen für Bildung und Forschung. Auf dem Kongress „Optische Technologien“ am 22. Februar in Berlin waren gleich zwei Kabinettsmitglieder vertreten. Forschungsministerin Edelgard Bulmahn und Wirtschaftsminister Clement haben den Kongress eröffnet und sich als kompetente und geschätzte Gesprächspartner der Industrie erwiesen.

Samstag, 26. März, 12 Uhr

Ostermarsch am Ringerbrunnen

Fahrraddemonstration durch die Innenstadt, Abschluss ist um 13 Uhr am Ringerbrunnen. Veranstalter ist unter anderen das Friedensbündnis Braunschweig.

Impressum

Klinterklater Braunschweig

Herausgeber: SPD-Unterbezirk Braunschweig, Schlossstraße 8, 38100 Braunschweig

Redaktion: Detlef Kühn (ViSdP), Alexander Gräbner, Sigrid Herrmann, Manfred Pesditschek

Druck: Igel-Druck, Braunschweig

Erscheinungsweise: vierteljährlich, Auflage: 35 000

Bankverbindung/Spendenkonto des SPD-Unterbezirks: SEB, Konto 1006001200, BLZ 270 101 11

SPD

Immer Donnerstags, 16 Uhr

Bürgersprechstunden der SPD-Ratsfraktion

Die SPD-Ratsfraktion hat donnerstags von 16 – 17 Uhr die Bürgersprechstunde eingerichtet. Jede Woche – mit Ausnahme der Schulferien – steht den Bürgerinnen und Bürgern ein Mitglied der SPD-Ratsfraktion für ein Gespräch in der Geschäftsstelle der SPD-Fraktion im Rathaus-Altbau, Zimmer A1.51, zur Verfügung. Eine Anmeldung oder Themenankündigung ist nicht notwendig.

Sie erreichen die SPD-Fraktion telefonisch unter 470-22 11. Die Internetadresse lautet www.spd-ratsfraktion-braunschweig.de.

Bürgersprechstunden der SPD-Landtagsabgeordneten

Die Landtagsabgeordneten Isolde Saalmann und Klaus-Peter Bachmann bieten Bürgersprechstunden im SPD-Büro in der Schlossstraße 8, 3. OG, an.

Anmeldung wird erbeten unter Telefon 05 31 / 4 80 98 21. Die Termine sind :

- ▶ Isolde Saalmann:
 - Montag, 7. März, von 16 – 17 Uhr
 - Montag, 9. Mai, von 16 – 17 Uhr
- ▶ Klaus-Peter Bachmann:
 - Donnerstag, 14. April, 14.30 Uhr

Bürgersprechstunden der Bundestagsabgeordneten

Die Braunschweiger Bundestagsabgeordnete Dr. Carola Reimann bietet Bürgersprechstunden von 9 – 18 Uhr im SPD-Büro in der Schlossstraße 8, 3. OG, an.

Terminabsprache ist erforderlich unter Telefon 05 31 / 4 80 98 22.

Die Termine sind :

- ▶ Dienstag, 26 April
- ▶ Donnerstag, 19. Mai